

## Pressestimmen

## ERDOGANS DEUTSCHLAND-BESUCH

## Süddeutsche Zeitung

„Unwillkommen“ Premier Erdogan will Wahlkampf machen bei seinen deutsch-türkischen Fans. Und es ist zu befürchten, dass er damit den berechtigten Zorn, den sein autoritärer und sogar die Opfer des verheerenden Grubenunglücks von Soma verachtender Regierungsstil daheim auslöst, mit nach Deutschland bringt. Willkommen ist er in Köln darum nicht. Trotzdem: Er hat das Recht, hier aufzutreten. Doch sollte er selbst einsehen, dass es derzeit nicht opportun wäre, auf seinem Auftritt zu beharren.

■ Süddeutsche Zeitung, München

## Kieler Nachrichten

„Demokratie“ Soll man einen solch unberechenbaren Politiker ohne Manieren in Deutschland reden lassen? Ja. Erdogan den Mund zu verbieten, wäre einer Demokratie wie der deutschen nicht würdig. Die hält das aus, sagt Außenminister Steinmeier. Recht hat er.

■ Kieler Nachrichten, Kiel

## Kalenderblatt



Foto: Reuters

## DAS GESCHAH AM ...

## 21. Mai

■ 1904: Sieben europäische Fußballverbände gründen in Paris den internationalen Fußballverband FIFA (Fédération Internationale de Football Association). Erster Präsident wird der Franzose Robert Guérm. England bleibt der Gründung wegen der französischen Beteiligung fern.

■ 1927: Der US-amerikanische Pilot Charles Lindbergh erreicht mit seinem Flugzeug „Spirit of St. Louis“ nach der ersten Nonstop-Atlantik-Überquerung Paris.

## LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 19, und im Internet unter: [nachrichten.at/leserbriefe](http://nachrichten.at/leserbriefe)



Missliche Lage

Karikatur: Mayerhofer

## Menschen

## Brady William Dougan

## Abgestraft

Von Sigrid Brandstätter

Seit ein Insider 2007 den US-Behörden offenbarte, wie Schweizer Banken US-Bürgern helfen, unbesteuertes Geld anzulegen, stehen die eidgenössischen Finanzdienstleister am Pranger. Seit 2010 wurde auch gegen die Credit Suisse ermittelt, die seit 2007 vom US-Amerikaner Brady William Dougan geleitet wird.

Jetzt ist klar, wie die Großbank aus dem Verfahren der US-Steuerbehörden herauskommt: Vor einem US-Richter hat sie sich der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig bekannt und sich zur Zahlung von 2,815 Milliarden Dollar verpflichtet.

Nicht nur der Marathonläufer Dougan reagierte erleichtert, dass ein Schlussstrich gezogen werden kann. Der drohende Entzug der Banklizenz in den USA ist abgewendet. Auch an der Börse schnauften die Investoren trotz der Rekordstrafe gestern durch.

Auf die Frage, ob ihm der Rücktritt nahegelegt worden sei, sagte der 54-Jährige, der seit 1990 für das Bankhaus tätig ist, darüber habe man sich keine Gedanken gemacht. Der nahe Chicago Aufgewachsene hat nach eigenen Worten sehr viel Zeit in die Beilegung des seit Jahren schwelenden US-Steuerstreits investiert, hart gearbeitet und wolle als Konzernchef weitermachen. Schließlich muss das Geld wieder verdient werden. Nur für einen Bruchteil der Strafe ist vorgesorgt. Die Kapitalquote der Bank ist nach der Strafe niedriger als in anderen großen Finanzhäusern.

Schlagzeilen hatte der Mann mit Wohnsitz im Banker-Dorf Greenwich (Connecticut, USA) und Erlenbach (Schweiz) gemacht, als



Der Streit mit den US-Behörden hat dem Banker tiefe Falten ins Gesicht geschnitten. (Reuters)

2010 sein Rekordsalär von mehr als 90 Millionen Franken bekannt geworden war. Die Glaubwürdigkeit des Mannes, der als Jungspund und vergleichsweise bodenständig unter den Top-Bankern galt, war damit nachhaltig ramponiert. Immerhin musste er kurz darauf Sparprogramme durchsetzen.

Verheiratet ist Dougan mit einer Professorin für Biomedizin an der Yale Universität und er ist Vater eines Sohnes und einer Tochter.

## Leitartikel

Von Heidi Riepl



## China ist der lachende Gewinner

Wenn zwei sich streiten, dann freut sich der Dritte. Dieses alte Sprichwort hat auch in der großen Weltpolitik seine Gültigkeit. Der lachende Gewinner der Ukraine-Krise ist derzeit China. Angesichts des Konflikts mit Europa und Amerika wendet sich Russland nun verstärkt China zu. Bei seinem Besuch in Peking will Kremlchef Putin rekordverdächtige 43 Abkommen unterzeichnen. Seine Botschaft an den Westen und dessen Sanktionen ist eindeutig: Die Großmächte Russland und China sind die Partner der Zukunft. Ein neues Zeitalter der Enteuropäisierung und Asiatisierung Russlands hat begonnen.

Plötzlich ging alles ganz schnell: Fast zwei Jahrzehnte lang haben Moskau und Peking über ein Gas-Abkommen verhandelt. Gestritten wurde vor allem über die Preise. Doch die Ukraine-Krise dürfte Moskau zu Zugeständnissen bewegen

## Die Ukraine-Krise hat die Machtbalance in der Welt verschoben.

haben, von denen China bislang nur träumen konnte. So soll, wie aus Insider-Kreisen bekannt wurde, heute neben wichtigen

Rüstungsgeschäften auch der milliarden-schwere Gas-Deal unter Dach und Fach gebracht werden. Geplant ist eine Pipeline, mit der ab 2018 pro Jahr 38 Milliarden Kubikmeter Gas aus Sibirien nach China fließen. Das aufstrebende China wird damit der größte Abnehmer russischen Gases. Für Russland wiederum wäre der drohende Ausfall von europäischen Abnehmerländern kompensiert.

Aber dem energiehungrigen China geht es längst um mehr als nur um billiges Gas aus Russland. Experten sind sich sicher: Die Ukraine-Krise hat die Machtbalance in der Welt verschoben. Durch Russlands Annäherung steigt auch Chinas internationale Bedeutung. China kann als Markt, Geldquelle und Investor nicht mehr ignoriert werden.

In der neuen Zusammenarbeit mit Russland bekommt China plötzlich die Chance, die Übermacht der USA zu stoppen. Schon vor Monaten hat Peking den Westen vor Sanktionen gegen Russland gewarnt, die „einen massiven politischen und wirtschaftlichen Schaden anrichten“. Der Westen, der über den gelungenen Machtwechsel in der Ukraine jubelte, wollte die Warnungen damals jedoch nicht hören. Doch seit Putins China-Besuch sind sie konkret geworden: Moskau und Peking planen, ihren Gas-Handel nicht mehr auf Dollar-Basis abzuwickeln. Für den Dollar und das US-Imperium ist das ein schwerer Schlag mit noch ungeahnten Konsequenzen für die gesamte Weltwirtschaft.

✉ [h.riep@nachrichten.at](mailto:h.riep@nachrichten.at)

## Wirtschaft verstehen

## Weniger Europa ist mehr

Perfekter könnte die Dramaturgie für die Europawahlen nicht sein: Griechenland und Portugal nehmen wieder Geld am Kapitalmarkt auf, der Euro strotzt vor Stärke, EU-Staaten konnten noch nie so billig Schulden machen, über die Verschuldungskrise wird in der Vergangenheit gesprochen – alles in (europäischer) Butter also.

Keineswegs. Die gute Laune ist trügerisch. Ein genauer Blick auf die aktuelle Lage offenbart, dass die Geschicke der EU gar nicht in den Händen der zu wählenden Politiker sind. Vielmehr hängen die internationalen Geldgeber an den Lippen von Mario Draghi, dem

Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

Europa hat Besseres verdient, als von Mario Draghi regiert zu werden, der das gar nicht will und auch nicht soll. Möglich ist dies alles, weil das Hauptproblem Europas weiterhin die enorme Abhängigkeit vom Schuldenmachen ist. Es wurde einiges unternommen, um dank Rettungsfonds und Eingriffen in den Bankenmarkt die Stabilität zu erhöhen, falls es an den Finanzmärkten wieder turbulent wird.

Das Grundübel ist aber nicht einmal ansatzweise beseitigt und



VON TEODORO D. COCCA

nimmt sogar zu: Wir leben zunehmend auf Pump. Der weiter steigende Schuldenberg ist nichts anderes als die kollektive Negation der Realität. Was für Österreich gilt, gilt ebenso für die gesamte EU: Die Schuldenberge lassen sich nachhaltig nur durch eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Rückkehr zu Wirtschaftswachstum reduzieren.

Wenn es in der EU nicht zu Wirtschaftsreformen kommt, werden sich die Innovationskraft und der unternehmerische Geist der Wirtschaft nicht entfalten können. Die

europäischen Bürger verdienen Besseres als die derzeit bewusst angewandten und tolerierten Heilmittel: immer weitere Steuererhöhungen, begleitet von negativen Realzinsen.

Wirtschaftswachstum soll primär durch die Wirtschaft erzielt werden, nicht durch Wachstum des Staates. Über einen Abbau der Staatsverschuldung – und der damit verbundenen Eindämmung der Expansionsgelüste des Staates – spricht man im Wahlkampf ungerne. In diesem Sinne wäre weniger Europa ein besseres Europa.

Wenn es der Politik auf freiwilliger Basis und aus Einsicht nicht gelingen will, dem Schuldenpro-

blem Herr zu werden, dann gehören institutionelle Lösungen eingeführt, welche „automatisch“ das tugendhafte Verhalten erzwingen.

Dringend zu fordern wäre eine Schuldenbremse auf EU-Ebene, welche eine Verpflichtung zur Senkung der Schulden um einen bestimmten Prozentsatz pro Jahr erzwingt. Eine EU mit sinkendem Schuldenberg hätte weniger zu verteilen und müsste disziplinierter mit den eigenen Ressourcen umgehen. Dieses Weniger an Ressourcen könnte ein Mehr für das wirklich Wichtige sein.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU